



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Brüsseler Erklärung: Fünf Schritte für zwei Grad

Grüne Fraktionsvorsitzende zur europäischen Klima- und Energiepolitik
Brüssel, 29. Februar 08

Anlässlich ihres Treffens in Brüssel fordern die Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus Europaparlament, Bundestag und Landtagen für die anstehenden Klima- und Energiebeschlüsse auf europäischer und nationaler Ebene:

Die Europäische Union muss mit konkreten und ambitionierten Schritten die internationale Führungsrolle für den Klimaschutz wahrnehmen.

Im Frühjahr 2007 haben sich die Staats- und Regierungschefs aller EU-Mitgliedsstaaten auf CO₂-Reduktionsziele verständigt, mit deren Hilfe es gelingen soll, die Klimaerwärmung zu bremsen und auf maximal 2 Grad zu begrenzen. Dazu muss sich die Europäische Union auf eine Reduzierung der Treibhausgase um 30 Prozent bis 2020 verpflichten.

Was vor weniger als einem Jahr noch als ambitioniertes Ziel begrüßt wurde, stellt sich heute mehr und mehr als Lippenbekenntnis heraus. Von der „Klima-Kanzlerin“ Merkel ist nicht viel übrig geblieben. Stattdessen lernten wir die „Auto-Kanzlerin“ kennen. Ausgerechnet Umweltminister Gabriel warf der Kommission sogar eine Kriegsführung gegen die deutsche Automobilindustrie vor.

Die deutsche Regierung verhindert in Brüssel eine effektive Klimaschutzpolitik. Sie macht sich stark für kurzfristige Industrieinteressen. Sie ignoriert dabei immer wieder den großen Nutzen, den ein Umsteuern auf Klimaschutz und Ressourceneffizienz für Wirtschaft und Beschäftigung in den EU-Staaten bringt. Dabei steht fest, dass diejenigen, die jetzt ehrgeizig auf Nachhaltigkeit setzen auch den größten Nutzen haben werden. Das deutsche Agieren in Brüssel, das immer mehr im Widerspruch zu den Ergebnissen der eigenen Ratspräsidentschaft steht, nimmt auch den Druck von jenen EU-Ländern, deren Klimabilanz noch weitaus schlechter ist als die deutsche.

Wir fordern die Bundesregierung auf, in Brüssel nicht nur allgemeine Ziele vorzugeben, sondern endlich als treibende Kraft für konkreten Klimaschutz einzutreten. Die Bundesregierung darf entscheidende Vorschläge der Kommission zum Klimapaket, zur Energiemarktliberalisierung und zu PKW-Grenzwerten nicht länger ausbremsen. Und sie muss den Effizienzaktionsplan aus der Versenkung holen.

Wir fordern:

1. Vorfahrt für Effizienz

Der Punkt Energieeffizienz - einst als Priorität der Prioritäten bezeichnet – tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Die Bundesregierung muss diesen Punkt wieder auf die Brüsseler Agenda setzen und selbst zum europaweiten Vorreiter werden. Die



Konzentration auf die Produktionsseite greift zu kurz. Nur eine Reduzierung des Energieverbrauchs ermöglicht die Erreichung der angestrebten Klimaziele und erleichtert, den Anteil Erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch umzusetzen. Wir fordern, umgehend konkrete Maßnahmen zu ergreifen, welche die Effizienzziele des europäischen Ministerrats von 20 Prozent bis 2020 tatsächlich erreichen.

2. Eigentumsrechtliche Entflechtung für Klimaschutz und fairen Wettbewerb

Bei der Liberalisierung des Strom- und Gasmarkts muss die Bundesregierung ihren Widerstand gegen die eigentumsrechtliche Entflechtung von Energieproduktion und Netz endlich aufgeben. Sie muss im Interesse der VerbraucherInnen endlich faire Wettbewerbsstrukturen schaffen, statt durch ihren Widerstand das Oligopol der „Großen Vier“ RWE, E.ON, ENBW und Vattenfall zu zementieren. Die systematische Benachteiligung neuer Stromanbieter mit ökologischer und innovativer Stromproduktion muss ein Ende haben. Der von E.ON angekündigte Verkauf seines Hochspannungsnetzes ausgerechnet am Tag des EU-Energieministerrates, bei dem Bundesumweltminister Glos gegen die Entflechtung kämpft, blamiert die Bundesregierung bis auf die Knochen. Wir fordern die anderen Energiekonzerne dazu auf, dem Beispiel zu folgen.

3. Strenge CO2-Grenzwerte für effiziente Autos und eine zukunftsfähige Automobilindustrie

Der Verkehr ist der einzige Sektor Europas, in dem die CO2 Emissionen nach wie vor ungehindert ansteigen. Um diesen Trend zu stoppen, müssen wir dafür Sorge tragen, dass effizientere Autos auf Europas Straßen fahren. Der CO2-Ausstoß von Neuwagen muss im Durchschnitt auf 120g CO2/km bis 2012 und 80g bis 2020 für die europäischen Neuwagen begrenzt werden. Zur Durchsetzung dieser Ziele verlangen wir die Festsetzung wirksamer Strafzahlungen für den Fall der Nichterfüllung. Die deutsche Bundesregierung muss ihren Protektionismus zugunsten Kraftstoff verschwendender Modelle der deutschen Automobilindustrie aufgeben. Nur so werden Autos „Made in Germany“ auch langfristig wettbewerbsfähig und können im Markt gegen die internationale Konkurrenz bestehen.

4. Erneuerbare voraus

Der Vorschlag der Kommission, in der EU bis 2020 einen Anteil von 20% an Erneuerbaren Energien zu erreichen, ist eine gute Grundlage für Klimaschutz und Versorgungssicherheit auf dem europäischen Energiemarkt. Gerade Deutschland ist mit seinem Einspeisegesetz gut aufgestellt. Das EEG ist zum Modell für weitere EU-Staaten wie auch weltweit geworden. Beim Ausbau erneuerbarer Energien müssen die jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Problemen des verstärkten Einsatzes von Agrartreibstoffen berücksichtigt werden. Wir akzeptieren keine Kraftstoffpolitik, die eine Konkurrenz von Nahrungsmittelproduktion und Energiepflanzenanbau verursacht und eine schlechte CO2-Bilanz hat. Der Zwang zur Beimischung von 10 Prozent muss fallen. Die Nutzung von Agrarkraftstoffen darf weder zur Vernichtung



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

von Regenwald noch zur Vertreibung von Kleinbauern führen. Solange nicht garantiert werden kann, dass Pflanzkraftstoffe sowohl strenge CO2 Reduktionsstandards als auch ökologische und soziale Standards erfüllen, stellen wir die europäischen Agrarkraftstoff-Ziele infrage.

5. Volle Versteigerung für starken Emissionshandel

Auch beim Emissionshandel gilt: Deutschland muss Vorreiter sein und nicht größter Bremser und Lobbyist für Industrieinteressen. Beim Zertifikatehandel muss auch die energieintensive Industrie ihren Beitrag leisten. Wir kritisieren Umweltminister Gabriel dafür, dass er in Brüssel mit großzügigen Ausnahmeregelungen einen Sonderstatus für die energieintensive Industrie durchsetzen will. Die Europäische Union muss sich konsequent für ein internationales Abkommen einsetzen, in welchem sich andere Staaten zu einem weltweiten Emissionshandel und zu fairen Wettbewerbsbedingungen verpflichten, die auch die vollständige Beseitigung von Subventionen für die Produktion von Atomstrom betreffen. Nur so kann Umweltdumping verhindert werden. Wir fordern für den Effizienzbereich verbindliche Zielsetzungen und ordnungsrechtliche Regulierungen in allen Bereichen der Energieproduktion und des Verbrauchs.